Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Niederschrift
der 12. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 30.09.2026
Beginn:	17:00 Uhr
Ende	18:25 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r
Herr Thomas Haack
Herr Jürgen Suhr

Mitglieder
Frau Ute Bartel
Herr Volker Borbe
Herr Jan Gottschling
Herr Stefan Nachtwey
Herr Jens Radtke
Herr Daniel Ruddies

Vertreter
Herr Michel Mohrmann — Vertretung für Herrn Oliver Schön

Protokollführer
Frau Gaby Ely

von der Verwaltung
Frau Romy Guruz
Frau Anne Pilgrim
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith
Frau Alina-Sophie Seigis

Gäste
Herr Andreas-Hubertus Bendler
Herr Struck
Herr Fritz
Herr Kirchberg
Herr Borowsky
Herr Schlesiger
Herr Fromme

Tagesordnung:

1 Bestätigung der Tagesordnung

2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.08.2026 Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 02.09.2026

3 Beratung zu Beschlussvorlagen

3.1 Kommunaler Wärmeplan
Vorlage: B 0052/2026

4 Beratung zu aktuellen Themen

4.1 Stellungnahme gemäß § 4 Hauptsatzung Sanierung August-Bebel-Ufer

4.2 Fahrradstellplätze-Altstadt

4.3 Inklusive Spielplätze

4.4 Friedhöfe

4.5 Kreisel Anbindung Ehm-Welk-Weg

Ergänzungsantrag zu TOP 9.1 AN 0044/2026 Prüfantrag für Kreisverkehr Grünhufer Bogen
Einreicherin: Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit
Vorlage: AN 0059/2026

Prüfantrag für Kreisverkehr Grünhufer Bogen
Einreicher: Ralf Klingschat, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0044/2026

5 Verschiedenes

10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind 10 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen: 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.08.2026 Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 02.09.2026

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 27.08.2026 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 5 Stimmenthaltungen

Bestätigung der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 02.09.2026.

Herr Suhr beantragt nach Geschäftsordnung die Änderung des Protokolls zu TOP 3.2. Die ersten beiden Zeilen werden ersetzt durch: „Herr Suhr verweist eingangs noch einmal auf seinen schriftlich vorgelegten Antrag und die umfassende schriftliche Begründung. Er beantragt den Verweis der Vorlage in die Fraktionen mit der Maßgabe, die Vorlage frühestens in der nächsten ordentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung zu befassen.“

Herr Bauschke stellt die Änderung des Protokolls zur Abstimmung.

Abstimmung:10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Nachfolgend stellt Herr Bauschke das geänderte Protokoll zur Abstimmung.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Kommunaler Wärmeplan
Vorlage: B 0052/2026

Herr Dr. Raith macht deutlich, dass sich an der Vorlage selbst nichts geändert hat. Im Beschlusstext wurde lediglich deutlicher formuliert, dass sich aus der Wärmeplanung selbst keine rechtlichen Konsequenzen ergeben.

Herr Haack bezieht sich auf den letzten Absatz auf Seite zwei der Vorlage. Aus seiner Sicht liegt eine Fördermittelzusage vor, die nicht wieder zurückgezogen werden kann.

Dazu erklärt der Leiter des Amtes 60, dass die Fördermittelzusage an einen Zweck gebunden ist. Wenn dieser nicht erreicht wird, müssen die Gelder zurückgezahlt werden. Im vorliegenden Fall muss ein bestandskräftiger Wärmeplan vorliegen. Bestandskräftig ist der Wärmeplan aber nur dann, wenn er dieses Jahr noch beschlossen und bekanntgemacht wird. Sollte der Wärmeplan in diesem Jahr keinen Bestandsschutz mehr erreichen, könnten Nacharbeiten beispielsweise hinsichtlich der Bestandserfassung und der Aufarbeitung der Daten notwendig werden
Der jetzt vorliegende Wärmeplan beruht auf Bundesförderung und wurde erstellt, bevor die landesrechtlichen Detailregelungen erlassen wurden. Sollte der Wärmeplan also nicht beschlossen werden, müssten die landesrechtlichen Vorschriften beachtet werden und dies könnte Nacharbeiten notwendig machen.

Herr Suhr erfragt, wie Anpassungsprozesse hinsichtlich des Plans ablaufen.
Dazu erklärt Herr Dr. Raith, dass dieser alle fünf Jahre fortgeschrieben werden muss.
Eine Vorhersage zur Entwicklung von Energiepreisen, so dass die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger erschwinglich bleibt, ist allerdings schwierig und für die Kommunen eigentlich nicht zu leisten. Große Teile des Plans sind also nur Annahmen oder Schätzungen, die regelmäßig angepasst werden müssen. Hinzu kommt, dass der Plan von Seiten der Stadt aufgestellt wird, diese aber nicht als Wärmeversorger agiert.
Der Wärmeplan wird mit den Stadtwerken abgestimmt, allerdings können diese nicht gezwungen werden zu investieren und richten nach dem Plan auch nicht ihre interne Planung aus. Sollten die Stadtwerke mitteilen, dass der Fernwärmenetzausbau zu teuer ist, müsste dies in der Fortschreibung des Wärmeplans berücksichtigt werden.
Wichtig ist eine saubere und genaue Bestanderfassung, da daraus abgeleitet werden kann, ob sich eine leitungsgebundene, zentrale Wärmeversorgung lohnt oder ob eine individuelle Einzelversorgung sinnvoller ist.

Herr Radtke erfragt, ob es rechtlich ausgeschlossen ist, dass aufgrund der Wärmeplanung weitere Pflichten auf Privateigentümer zukommen.
Herr Dr. Raith erklärt, dass es zu dem Thema viele Gesetzesänderungen gab, es aber derzeit ausgeschlossen ist, dass Verpflichtungen für Privatpersonen entstehen.
Wenn allerdings ein Fernwärmeausbaugebiet festgelegt wird und dazu die entsprechenden Satzungen beschlossen werden, besteht Anschluss- und Benutzungszwang.
Auf den Einwand von Herrn Bauschke erklärt Herr Dr. Raith, dass die Wärmeplanung sinnvoll ist. Er weist auf ähnliche Konzepte in andern Bereichen hin.

Da es keine weiteren Fragen gibt stellt Herr Bauschke die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0052/2026 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 10 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Stellungnahme gemäß § 4 Hauptsatzung Sanierung August-Bebel-Ufer

Herr Bauschke schildert das Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kurz und erfragt eine Einschätzung der Verwaltung.

Herr Dr. Raith bestätigt, dass die Straße „August-Bebel-Ufer“ saniert werden muss. Sie ist Teil des Abwasserbeseitigungskonzeptes. Derzeit wird an verschiedenen Entwürfen gearbeitet, die viele unterschiedliche Gegebenheiten berücksichtigen müssen. Sollte keine gute Lösung gefunden werden, wird eher auf den Ausbau verzichtet werden.

Die Befürchtungen der Anwohnenden in Bezug auf den Wegfall von Stellplätzen beruhen auf einem Zwischenstand, der allerdings nie eine ernstzunehmende Variante der Verwaltung war.

Herr Haack zitiert aus der Niederschrift der 09. Sitzung des Hauptausschusses vom 07.10.2025. Demnach sind der Ausschreibung zur Einleitung und Ausgestaltung eines Vergabeverfahrens für Planungsleistungen zum Vorhaben „Erneuerung August-Bebel-Ufer“ keine Planungsunterlagen beigefügt. Nach Aussage der Verwaltung sollen die Planungsunterlagen nach Fertigstellung dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vorgelegt werden.
Herr Haack bemängelt, dass dem Ausschuss bis heute keine Unterlagen vorliegen.

Er plädiert dafür, dass, bevor die Verwaltung eine Planung in Auftrag gibt, die Ideenskizze im Ausschuss vorgestellt und ein Meinungsbild erfragt wird.

Herr Dr. Raith stellt klar, dass die Verwaltung keine Planungen nach außen gegeben hat. Er bestätigt, dass eine Planung beauftragt ist, betont aber, dass bisher kein ideales Ergebnis vorliegt. Die Versorgungsleitungen benötigen mehr Raum als vorhanden ist, die vorhandenen Linden sollen erhalten bleiben, der Parkweg soll gestaltet werden und es soll weiterhin Anwohnerparkplätze geben, eine herausfordernde Aufgabe für das Planungsbüro.

Herr Suhr ist der Meinung, dass die Mitglieder der Ausschüsse generell genauer wissen müssen, worüber sie bei einer Vergabe abstimmen.

Herr Suhr erfragt die nächsten Schritte für das vorliegende Vorhaben und erkundigt sich nach der Zeitschiene und wie die Anwohnenden einbezogen werden sollen.

Herr Dr. Raith versichert, dass ganz sicher keine Planung vorgestellt wird, die keine Stellplätze enthält.
Der jetzige Querschnitt der Straße ist eigentlich zu schmal, um alle Versorgungsleitungen unterzubringen. Außerdem muss es Überlegungen zur weiteren Nutzung der Straße (Begegnungsstellen, Einbahnstraße, teilweise Einbahnstraße) geben. Die Möglichkeiten müssen systematisch geprüft und entschieden werden, welche Eingriffe am verträglichsten sind.
Der Leiter des Amtes 60 sagt zu, die Planung im Ausschuss vorzustellen, allerdings lehnt er es ab, etwas zu präsentieren, von dem im Vorfeld klar ist, dass es so nicht umgesetzt werden kann. Aufgrund der vielen Variablen dauert die Planung länger und eventuell ist das Ergebnis auch, dass keine brauchbare Planung vorgestellt werden kann.
Die Einbeziehung kann aus Sicht von Herrn Dr. Raith erst dann erfolgen, wenn eine brauchbare Planung vorliegt. Eventuell ist es auch möglich, im Ausschuss zwei Planungen vorzustellen, wobei dieser dann eine auswählt.
Erst dann erfolgt die Öffentlichkeitsbeteiligung.

Auf Nachfrage von Frau Bartel betont Herr Dr. Raith noch einmal, dass noch keine Planung vorliegt. Es finden regelmäßig Gespräche statt, aber bisher gibt es keine Perspektive.

Herr Haack bedankt sich bei den anwesenden Anwohnenden und sagt zu, dass der Ausschuss das Vorhaben im Blick behalten wird.
Herr Bauschke fasst abschließend zusammen, dass mit Vorlage einer Planung diese im Ausschuss vorgestellt und anschließend die Öffentlichkeit beteiligt wird.

Er schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Fahrradstellplätze-Altstadt

Herr Bauschke weist auf die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei eingebrachten Vorschläge hin.

Herr Haack erklärt, dass viele dieser Vorschläge mit denen seiner Fraktion übereinstimmen. Er schlägt eine Begehung vor, um die tatsächlichen Gegebenheiten beurteilen zu können.

Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit wird keinen Vorschlägen zustimmen, bei denen Parkflächen für Pkw verloren gehen, es gibt aber andere geeignete Flächen. Diese sollten aus Sicht von Herrn Haack dicht an der Ossenreyerstraße liegen.
Sowohl Frau Bartel als auch Herr Radtke sprechen sich ebenfalls gegen den Wegfall von Pkw-Stellplätzen aus und begrüßen die Idee von Herrn Haack.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich darauf, am 04.11.2026 um 17:00 Uhr die möglichen Orte für zusätzliche Fahrradabstellanlagen zu besichtigen.

Herr Gottschling weist auf einen Antrag (AN 0075/2026) in der nächsten Bürgerschaft hin, der, sollte er beschlossen werden, die Problematik etwas weitläufiger betrachtet.

Herr Suhr bittet darum, dass die von den Fraktionen im Vorfeld eingereichten Standorte von der Verwaltung auf Umsetzbarkeit geprüft werden, um bei dem Vor-Ort-Termin ausschließlich über machbare Standorte zu diskutieren.

Herr Dr. Raith bittet seinerseits die Fraktionen darum, sich darüber Gedanken zu machen, wie viele Fahrradabstellanlagen benötigt werden und ob diese eher am Rand der Altstadt oder direkt an der Ossenreyerstraße oder dem Alten Markt verortet werden sollen.

Herr Bauschke verweist auf das Konzept MV-Rad, welches ebenfalls Stellplätze ausweist, im Ausschuss aber mehrheitlich abgelehnt wurde.

Herr Suhr merkt an, dass es in Bezug auf die Anzahl der Abstellmöglichkeiten Vergleichswerte aus anderen Städten geben muss, die ähnlich wie Stralsund über eine historische Altstadt verfügen und ähnlich viele Gäste begrüßen. Er bittet die Verwaltung, dies zu recherchieren. Er selbst bietet an, sich beim ADFC nach einer Einschätzung zu erkundigen. Frau Guruz sagt dies zu.

Herr Gottschling greift die Zahl aus der Presse auf und schlägt vor, die Zahl von 130 Stellplätzen zu halbieren und wenn nötig zu ergänzen, wenn der Bedarf gesehen wird.

Frau Guruz stellt klar, dass im Prüfauftrag nach potenziellen Flächen gefragt wurde. Diese hat die Verwaltung eruiert, ohne dabei eine genaue Anzahl zu benennen. Der Antrag wurde also nicht auf Menge geprüft, sondern lediglich auf Flächen, welche die Möglichkeit zur Errichtung von Fahrradabstellanlagen bieten würden.

Frau Bartel wirbt dafür, einen guten Kompromiss für Rad- und Autofahrrende zu finden.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf. Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Inklusive Spielplätze

Die von Frau Guruz gezeigte Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Guruz teilt mit, dass an dem Konzept zur Gestaltung des Spielplatzes „Am Moorteich“ sowohl der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund als auch das Kinder- und Jugendparlament der Stralsunder Schulen beteiligt wurden.

Es hat sich gezeigt, dass die Ideen der Verwaltung, des Seniorenbeirates und des KiJuPa nah beieinanderliegen.

Im mittleren Bereich soll es Sitzmöglichkeiten geben, die barrierefrei erreichbar sein sollen. An dieser Platzfläche sollen barrierearme und –freie Spielelemente angeordnet werden.

Derzeit wird noch ein barrierearmer Zugang zu dem Spielplatz geprüft. Gespräche wurden dazu noch nicht geführt.

Herr Bauschke erkundigt sich, ob auch bei zukünftigen Spielplatzneugestaltungen das hier angewandte und sinnvolle Verfahren zur Einbindung der Kinder und Jugendlichen sowie des Seniorenbeirats genutzt werden soll.

Außerdem erfragt er, ob das Projekt zeitnah umgesetzt werden kann.

Die Abteilungsleiterin erklärt, dass es im Vorfeld ähnlicher Projekte ein Treffen mit Vertretern des Seniorenbeirats geben wird, damit dieser Gelegenheit hat, sich zu äußern. Die Verwaltung wird auf dem diesjährigen Jugendgipfel mit den Kindern und Jugendlichen ein Verfahren abstimmen, um diese auch zukünftig zu beteiligen.

Weiterhin erklärt Frau Guruz, dass das Projekt umgesetzt werden kann.

Herr Radtke erfragt, ob das Gelände eingezäunt werden soll. Frau Guruz bezweifelt, dass eine Einzäunung den Spielplatz vor Vandalen schützen würde, bietet aber an, die Fragestellung mitzunehmen.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt Herr Bauschke den Tagesordnungspunkt.

zu 4.4 Friedhöfe

Herr Bauschke erfragt die Haltung der Fraktionen zum Konzept über die Umgestaltung des Zentralfriedhofes bzw. die Reaktivierung des St.-Jürgen-Friedhofes.

Frau Bartel befürwortet das Konzept. Herr Ruddies erklärt, dass die CDU/FDP-Fraktion das Konzept grundsätzlich begrüßt. Fragen kamen noch einmal hinsichtlich zusätzlichem Personal und die dafür notwendigen Kosten auf.

Außerdem fragt Herr Ruddies, ob eruiert wurde, ob von Seiten der Einwohnenden Interesse besteht, den St.-Jürgen-Friedhof wieder zu nutzen. Müsste die Stadt mit Blick auf die Wiederherstellung des Friedhofes in Vorleistung gehen oder wird auf positive Resonanz gehofft. Eventuell wäre es besser sich, erst einmal auf die Umgestaltung des St.-Jürgen-Friedhofes zu konzentrieren.

Frau Guruz geht noch einmal auf den Kern des Konzeptes ein und erklärt, dass Ziel der naturnahen Gestaltung des Zentralfriedhofes ist, dadurch freigewordenes Personal auf dem St.-Jürgen-Friedhof einzusetzen. Aufgrund dessen wird kein zusätzliches Personal benötigt.

Bereits jetzt werden die Grünflächen nicht durch die Friedhofsverwaltung, sondern durch Mitarbeitende des Sachgebietes Stadtgrün gepflegt.
Durch die gewonnenen Kapazitäten soll es gelingen,
auch den St.-Jürgen-Friedhof in bestimmten Bereichen wieder zu pflegen. Die Grabwiederherstellungen sollen über Patenschaften erfolgen und wären somit drittfinanziert.

Sollte der in Erarbeitung befindlichen Beschlussvorlage zugestimmt werden, würden die drei Patenschaftsmodelle, die in Frage kommen, detailliert ausgearbeitet.

Herr Dr. Raith ergänzt, dass es sich bei der Mauer des St.-Jürgen-Friedhofes um ein hochwertiges Denkmal handelt, für dessen Sanierung es allerdings keine Gelder gibt. Die Patenschaften bieten daher eine gute Möglichkeit, das Denkmal zu erhalten.

Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit stimmt dem Konzept unter der Maßgabe zu, dass dieses nicht mit hohen Kosten verbunden ist. Die AfD Fraktion stimmt dem Konzept ebenfalls zu.

Herr Bauschke fasst zusammen, dass grundsätzlich Zustimmung zu dem Konzept besteht.

Frau Guruz informiert abschließend, dass die Vorlage zur Thematik dem Ausschuss ebenfalls zur Empfehlung an die Bürgerschaft vorgelegt wird.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.5 Kreisel Anbindung Ehm-Welk-Weg

Herr Bauschke erfragt die Meinungen der Fraktionen bezüglich einer Abbiegespur oder eines Kreisverkehres.

Herr Haack teilt für seine Fraktion mit, dass die Verwaltung mit den Anwohnenden ausschließlich über eine Rechtsabbiegespur ins Gespräch gehen soll. Die Fraktion DIE LINKE. spricht sich ebenfalls für das Rechtsabbiegen aus.
Herr Suhr hat eine andere Auffassung.
Auch die CDU/FDP-Fraktion plädiert für das Rechtsabbiegen, bittet allerdings beim nächsten Mal darum, die Verkehrssituation etwas weitläufiger darzustellen, um die Einwirkungen auf den sich anschließenden Verkehrsraum einschätzen zu können.

Mehrheitlich wird dem Vorschlag der Verwaltung, die Einrichtung einer Rechtsabbiegespur mit den Anwohnenden zu diskutieren, zugestimmt.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Herr Gottschling erkundigt sich, ob es eine Prioritätenliste gibt, wann welche Wege in Knieper saniert werden sollen und ob diese von den Bürgerinnen und Bürgern eingesehen werden kann.

Frau Guruz teilt mit, dass der Auftrag zur Sanierung der Arnold-Zweig-Straße vergeben wurde und in den nächsten Wochen begonnen werden soll.

Frau Guruz sagt zu, in einer der nächsten Sitzungen eine Prioritätenliste vorzustellen.

Es gibt keinen weiteren Redebedarf. Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 10 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Herr Bauschke stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage B 0055/2026 der Bürgerschaft zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung